

## Parolenspiegel

18.05.2014

Thema	Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 18. Mai 2014
Für Rückfragen	Maleica Landolt, Kopräsidentin glp Stadt Zürich: +41 79 317 33 71 Martin Luchsinger, Kopräsident glp Stadt Zürich: +41 76 399 51 14
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich <a href="mailto:zurich@grunliberale.ch">zurich@grunliberale.ch</a> Website: <a href="http://www.zurich.grunliberale.ch">www.zurich.grunliberale.ch</a>



### Nationale Abstimmungsvorlagen:

- **Nein** zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»
- **Nein** zur Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne»
- **Nein** zur Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen (Rüstungsprogramm 2012 und Gripen-Fondsgesetz)
- **Ja** zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung

Begründung: siehe Anhang



### Kantonale Abstimmungsvorlagen:

- **Nein** zur Volksinitiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich»
- **Stimmfreigabe** zur Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)»

Begründung: siehe Anhang



### Städtzürcher Abstimmungsvorlagen:

- **Nein** zum «Rahmenkredit von 50 Millionen Franken zur Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons»

Begründung: siehe Anhang

Mit herzlichen Grüssen

Der Vorstand der Grünliberalen Partei der Stadt Zürich

### **NEIN zum «Rahmenkredit von 50 Millionen Franken zur Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons»**

Die städtischen Grünliberalen lehnen einen Blankoscheck von 50 Millionen für den Stadtrat zum Ausbau der Schulpavillonflotte ab. Wenn wir nicht genau hinschauen, werden sich die Fehler der Vergangenheit wiederholen. So sind auf dem Zollfreilager momentan 1000 Wohnungen im Bau. Wo das neue Schulhaus Letzi gebaut werden soll, ist jedoch noch immer unklar. Und als im Jahr 2004 in Zürich-Affoltern die neuen Wohnsiedlungen bereits geplant waren, hat der Stadtrat den Bau eines neuen Schulhauses aus der Investitionsplanung gestrichen. Deshalb soll der Gemeinderat weiterhin darüber befinden können, ob vorübergehend einzelne Pavillons benötigt werden. Nur so kann die Schulraumplanung wieder ins Lot kommen.

Grünliberale Partei Kanton Zürich

### **NEIN zur Volksinitiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich»**

Die glp ist der Meinung, dass die bereits bestehenden Bestimmungen bezüglich Alkoholwerbung ausreichen und es keine weiteren Einschränkungen bedarf. Neben grundsätzlichen Fragen im Zusammenhang mit der Verbotskultur stellt sich für die glp die Frage, ob es verhältnismässig ist, die Restriktionen auf kantonaler Ebene zu beschliessen. Denn Werbung für Alkohol findet vor allem auch im Zusammenhang mit nationalen und internationalen Sportanlässen statt. Ein kantonales Verbot ist daher weder umsetzbar noch zielführend.

### **STIMMFREIGABE zur Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)»**

Einerseits ist den Grünliberalen die Trennung von Staat und Kirche ein wichtiges Anliegen. Der Entscheid ist grundsätzlich privater Natur. Ein Unternehmen hat im heutigen System, im Unterschied zu Privaten, keine Entscheidungsmöglichkeiten. Insofern nimmt diese Initiative ein berechtigtes Anliegen auf. Andererseits erbringen unsere Kirchen wichtige soziale Dienste. Sie kombinieren professionelle Arbeit und Freiwilligenarbeit. Es ist klar, dass diese Leistungen Geld kosten und im Wegfall oft durch staatliche Organisationen aufgefangen werden müssten. Diese können im Gegensatz zu den Kirchen nicht auf Freiwilligenarbeit zählen. Entsprechend kritisieren die Grünliberalen die fehlenden Übergangsbestimmungen in der Initiative. Die bei Annahme entstehende Finanzierungslücke würde bedeuten, dass Kirchen bestehende Leistungen nicht mehr finanzieren könnten. Die Grünliberalen hätten sich gewünscht, mit einem Gegenvorschlag eine Übergangsfrist von fünf Jahren zu ermöglichen, damit die Kirchen genug Zeit gehabt hätten, sich neu zu organisieren. Leider ging der Kantonsrat auf einen entsprechenden Gegenvorschlag der Grünliberalen Fraktion nicht ein. Aufgrund dieses Sachverhalts beschliesst der Vorstand der Grünliberalen Kanton Zürich die Stimmfreigabe.

Grünliberale Partei Schweiz

### **NEIN zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»**

Die Grünliberalen verstehen die Sorgen und Ängste der Initianten und teilen diese. Die glp sieht aber in der Verhältnismässigkeit einen wichtigen Grundsatz unseres Rechtsstaates. Ebenfalls stehen die Grünliberalen zur Gewaltentrennung. Es ist an der Judikative das Strafmass festzusetzen. Für die Grünliberalen ist der Initiativtext zu absolut und radikal. Die Initiative lässt keine Differenzierungen mehr zu, was als problematisch zu erachten ist. Die glp ist der Auffassung, dass die Bestrafung der Täter je nach Schwere des Delikts erfolgen sollte. Die Grünliberalen unterstützen deshalb den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates. Dieser hat die Schwächen der Initiative behoben. In einem wichtigen Punkt geht der Gegenvorschlag sogar weiter als die Initiative: Der Kontakt verurteilter Straftäter mit den Opfern wird durch ein Kontakt- und Rayonverbot verhindert. Das ist ein essentieller Bestandteil, wenn man bedenkt, dass ein Grossteil der Übergriffe pädophiler Straftäter nicht im beruflichen, sondern im familiären und privaten Umfeld stattfindet. Ausserdem würde mit der Umsetzung des Gegenvorschlags auch die Thematik der «illegalen Jugendliebe» verhältnismässig beurteilt, was bei der Initiative nicht der Fall ist.

### **NEIN zur Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»**



Die Grünliberalen lehnen die Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften klar ab. Der flexible Arbeitsmarkt und die Sozialpartnerschaften sind zentrale Standortvorteile der Schweiz. Gesamtarbeitsverträge lassen im Gegensatz zu einem flächendeckenden Mindestlohn eine Rücksichtnahme auf Branchen und Regionen zu. Aufgrund dieses bewährten Systems hat die Schweiz im internationalen Vergleich eine tiefe Arbeitslosigkeit und hat im Gegensatz zu Ländern mit einem stark regulierten Arbeitsmarkt die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise vergleichsweise gut überstanden. Ein nationaler Mindestlohn würde nicht nur die tiefsten Löhne, sondern das ganze Lohngefüge anheben. Die Folge wäre eine starke Verteuerung des Arbeitsplatzes Schweiz und damit eine Reduktion der Konkurrenzfähigkeit. Dies würde insbesondere im Niedriglohnbereich zahlreiche Arbeitsplätze unnötig gefährden.

#### **NEIN zur Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen (Rüstungsprogramm 2012 und Gripen-Fondsgesetz)**

Die glp lehnt den Kauf neuer Kampfflugzeuge klar ab, der zum heutigen Zeitpunkt jeder finanzpolitischen Vernunft entbehrt und Milliarden von Steuerfranken langfristig bindet. Vor dem Kauf neuer Kampfflugzeuge müsste der Auftrag der Armee und insbesondere die Rolle der Luftwaffe klar definiert werden. Aus Sicht der glp reicht die bestehende Luftwaffe aus, um die heute notwendigen luftpolizeilichen Aufgaben zu erfüllen. Es besteht somit keine Dringlichkeit für die sofortige Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

#### **JA zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)**

Die glp unterstützt den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin». Die Grünliberalen sind der Meinung, dass die Hausärztin beziehungsweise der Hausarzt, wenn möglich die erste Anlaufstelle für Krankheiten, Unfälle und gesundheitlichen Fragen sein sollte. Daher ist es wünschenswert den Beruf «Hausarzt» zu fördern. Mit dem vorliegenden Bundesbeschluss würde dieses Ziel erreicht, indem der Hausarzt-Beruf beruflich und finanziell besser gestellt und attraktiver gemacht wird.